

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird

Energie ist kein Gut wie jedes andere: Wir brauchen sie tagtäglich zum Kochen, Heizen, Lernen und Leben. Immer mehr Haushalte in Österreich haben davon zu wenig, andere verschwenden viel zu viel. Es ist Zeit, dass sich daran etwas ändert und ein Grundbedarf an Energie jedem und jeder uneingeschränkt zur Verfügung gestellt wird.

Warum wir jetzt eine Energie-Grundsicherung brauchen

Je geringer ein Haushaltseinkommen ist, desto höher ist im Durchschnitt der Anteil des Haushaltsbudgets, der für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgegeben wird. Genau diese drei Posten sind von den jüngsten Teuerungen am stärksten betroffen. Jede dritte Person ist mit der Verringerung ihres Haushaltseinkommens konfrontiert, so Daten der Statistik Austria (2022). Fast 800.000 Menschen, das sind 12 Prozent der Bevölkerung, rechnen sogar damit, in den folgenden drei Monaten ihre Wohnkosten nicht mehr bezahlen zu können. Laut einer Analyse des Büros des Fiskalrats (2022) können wegen der jüngsten Preissteigerungen die einkommensschwächsten 35 Prozent der Haushalte ihre durchschnittlichen Konsumausgaben nicht mehr durch ihr verfügbares monatliches Einkommen finanzieren. Bislang war das für die einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte der Fall (Konsumerhebung 2019 / 2020). Der Inflationsanstieg führte damit zu einem Anstieg dieser Gruppe um 10 Prozentpunkte. Von diesen zehn Prozent beziehen mehr als 50 Prozent als Haupteinnahmequelle ein Erwerbseinkommen. Damit liegt der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Gruppe deutlich höher als bei den einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte. Diese Daten zeigen uns, dass es gut ist, wenn die Sozialleistungen nicht nur an die Ärmsten gehen, sondern auch an die „untere Mitte“, um sie vor dem Absturz zu schützen.

Gleichzeitig sehen wir die Wichtigkeit von Instrumenten der Daseinsvorsorge gerade in der Armutsbekämpfung und -vermeidung, wie zum Beispiel die Versorgung mit Energie. Deshalb bedarf es einer Energie-Grundsicherung mehr denn je. Die Ideen dazu sind in der Armutsforschung in den letzten 20 Jahren immer wieder diskutiert worden, erste Modelle wurden auf europäischer Ebene (EAPN: *European Anti Poverty Network*) vorgeschlagen, auch Armutsnetzwerke in England und Belgien thematisierten einen kostenfreien Energieanspruch. Die aktuelle Klima- und Energiekrise, vor allem aber die derzeit massiv steigenden Energiepreise, haben die Frage der Daseinsvorsorge mit neuer Wucht auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Energiegrundsicherung: Vorbilder weltweit

Weltweit gibt es viele Beispiele für progressive Tarifmodelle (*Prasanna et al. 2018*). In mehreren Ländern bzw. Regionen werden progressive Tarifmodelle für Elektrizität verwendet, um einerseits die Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie sicherzustellen und andererseits den gesamtgesellschaftlichen Energieverbrauch zu senken. In Japan, Südkorea und Kalifornien existieren solche Modelle.

In Italien wurden die progressiven Tarife in den Jahren nach der Ölkrise 1973 eingeführt. Aufgrund der geografischen Lage Italiens entlang einer der wichtigsten Erdöltransportrouten im Mittelmeer wurde Elektrizität hauptsächlich aus Erdöl erzeugt (*Colombo 1984, zit. n. Dehmel 2011*). Daher trafen die steigenden Ölpreise den Energiesektor in Italien sehr schwer. Der Preis pro kWh Elektrizität stieg mit zunehmender Menge des verbrauchten Stroms und bot dadurch einen Anreiz, den Stromverbrauch niedrig zu halten (*Dehmel 2011*). In Italien wurden die Stromversorger von der staatlichen Regulierungsbehörde dazu verpflichtet, eine progressive Preiskomponente im Gesamtstrompreis anzubieten. Je nach Verbrauch der Haushalte wurde ein günstiger und ein teurer Tarif – mit jeweils fünf Tarifstufen – angeboten (*Dehmel 2011*). Die progressiven Tarife blieben trotz der EU-Strommarktliberalisierung bis vor einigen Jahren bestehen, doch seit ihrer Abschaffung sind die Preise auch in Italien stark gestiegen – so stark, dass viele Menschen sich den Strom nicht mehr leisten können (*Sauer 11.02.2022*).

In anderen Ländern und Regionen sind progressive Energietarife anders ausgestaltet: In Südkorea gibt es beispielsweise drei Stufen für unterschiedliche Verbrauchsmengen an Elektrizität, die außerdem an die Jahreszeiten angepasst sind (*Oh et al. 2017*). In Kalifornien hingegen ist nur der verbrauchsabhängige Teil der Stromrechnung von der Progression betroffen, während die Netzgebühren und andere allgemeine Systemkosten pauschal verrechnet werden (*Dehmel 2011: 416*). Derzeit gibt es in vielen Ländern Vorbilder für die Deckelung der Energiepreise für Haushalte – alle mit dem Ziel, die jüngste Energiepreiskrise abzufedern. In Spanien wurde z. B. im Juli 2022 ein Strompreisdeckel zur sofortigen Kostenentlastung von Kund*innen eingeführt. Zusätzlich wurde für Stromkonzerne und Banken eine Übergewinnsteuer beschlossen, um die Einnahmen durch die Preissteigerungen abzuschöpfen. Die Konzerne wurden gesetzlich dazu verpflichtet, die Kosten der Steuer nicht an die Kund*innen weiterzugeben. Eine solche Übergewinnsteuer gibt es auch in Portugal, Griechenland, Italien, Belgien und Großbritannien.

Liberalisierte Energieversorgung: Ein gescheitertes Experiment

Mit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 wurde Österreich in den europäischen Binnenmarkt eingegliedert. Da der freie Verkehr von Gütern und Kapital einer der Grundpfeiler der Union ist (*Ratcliff et al. 2022*), bedeutete dies auch eine Liberalisierung des Energiesektors, die in Österreich 2001 für Strom und 2002 für Gas umgesetzt wurde (*Energie-Control Austria 2011*). Bis dahin war Energieerzeugung Sache des Staates: Strom wurde also beispielsweise vom Verbund – damals noch zur Gänze in staatlicher Hand –, den Landesversorgern und den Stadtwerken produziert und zu festgesetzten Preisen lokal verkauft (*Huber 2022*). Durch die Liberalisierung wurden große Teile des Stromhandels privatisiert. Heute gibt es daher mehr als 60 Anbieter und der Strompreis wird nicht mehr behördlich festgelegt, sondern orientiert sich an Börsenpreisen (*Huber 2022*). Befürworter*innen dieser Deregulierung argumentieren, dass der daraus entstehende überregionale Wettkampf die Preise niedrig hält. Während dieses System in den Jahren des sorglosen Konsums fossiler Energieträger noch funktionierte, offenbarten die gegenwärtigen Krisen die Kehrseite des marktorientierten Ansatzes.

Besonders deutlich wird das Versagen des liberalisierten Marktes bei der Stromversorgung: Der Preis einer Kilowattstunde Elektrizität wird seit der Deregulierung nicht mehr behördlich festgelegt, sondern kommt durch das sogenannte „Merit-Order“-System zustande, in welchem der gesamte Strompreis des Tages vom teuersten Kraftwerk bestimmt wird (*Grüter 2022*). In der Praxis bedeutet das, dass der Preis von Strom, der beispielsweise zu neun Zehntel aus Ökostrom besteht und nur zu einem Zehntel aus Gas produziert wird, zu hundert Prozent vom Preis des Gaskraftwerks bestimmt wird. Da die Produktionskosten von Ökostrom aber nicht von Gaspreisen beeinflusst werden, streifen Stromproduzenten gerade dicke Übergewinne auf Kosten der Allgemeinheit ein (*Kern-Fehrenbach 2022*). Der Verbund erzielte beispielsweise in der ersten Hälfte dieses Jahres um 150 Prozent mehr Gewinn als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres (Sturn 2022). Anstatt zu einem pluralistischen System aus vielen unabhängigen Anbietern zu führen, begünstigt der liberalisierte Markt überdies Oligopole, in denen fünf Konzerne große Teile des Marktes kontrollieren (*Becker et al. 2012; Wegmann 2019*).

Die Versorgungssicherheit der Bevölkerung ist in diesem System schlicht keine relevante Größe. Dementsprechend sind in Österreich rund 140.000 Haushalte von Energiearmut betroffen (*Tölgys / Huber 2022*) und Haushalte mit niedrigem Einkommen geben in Österreich durchschnittlich 8,4 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Energie aus (*Statistik Austria 2021: 44*). Überdies gibt es in einem liberalisierten Markt keine Mechanismen, um extremen Preisschwankungen bedingt durch Spekulation und Marktversagen entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite ist es angesichts der Klimakatastrophe zwingend notwendig, unser Wirtschaftssystem so schnell wie möglich auf ein naturverträgliches, erneuerbares Energiesystem umzustellen sowie die klimagerechte Versorgung der Haushalte sicherzustellen und auf solidarische Weise umzusetzen. Dass der sogenannte freie Markt nicht in der Lage ist, die Energieversorgung ausreichend schnell von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen, ist evident: Trotz anhaltender Bemühungen, marktbaasierte Anreize zur nachhaltigen Energieerzeugung zu setzen, werden immer noch knapp zwei Drittel der in Österreich verbrauchten Energie aus Kohle, Öl und Gas gewonnen (*BMK, 2021*).

Energie-Grundanspruch

Wir alle brauchen Strom für Licht und Internet sowie eine warme Wohnung im Winter. Das muss für alle Menschen leistbar sein. Gleichzeitig ist Energie im Angesicht der Klimakrise ein kostbares Gut, das wir als Gesellschaft nicht verschwenden sollten. Wir wissen aber auch, dass es vor allem die Reichen sind, die das Klima zerstören. Sie fliegen mit Privatjets, besitzen Yachten und wohnen in riesigen Luxusvillen. Weltweit verursacht das reichste Prozent der Menschheit knapp die Hälfte aller Treibhausgasemissionen (*Kontrast 2021*). Das gleiche Bild bietet sich beim Energieverbrauch auf Haushaltsebene: Aus Verbrauchsdaten nach Einkommen wissen wir, dass reiche Haushalte in etwa doppelt so viel Energie verbrauchen wie ärmere Haushalte (*Held 2019*). Die reichen Haushalte haben oft unverhältnismäßig große Wohnungen oder nutzen Energie verschlingende Luxusgeräte. Wir finden: Eine warme Wohnung ist ein Grundrecht – der Whirlpool auf der Dachterrasse ist es nicht. Eines ist also klar: Energiesparen müssen zuerst die Reichen.

Mit dem Energie-Grundanspruch (*Attac 2022*) haben wir deshalb ein Modell vorgestellt, das soziale und ökologische Ziele verbindet: Der Energie-Grundanspruch stellt den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicher und verteuert den verschwenderischen Über-Verbrauch. Während heizen, kochen und waschen für alle leistbar bleibt, wird verschwenderischer Luxuskonsum viel teurer – das heißt, wir machen einen wichtigen Schritt, um den Gesamtverbrauch an Energie zu senken und gleichzeitig die Versorgung aller sicherzustellen. Christiane Maringer und Reinhold Kulke haben auf der 13. Armutskonferenz (*2022*) Modelle für eine Energiegrundsicherung vorgelegt. Im Rahmen der *Right to Energy Coalition*, in der auch das Europäische Armutnetzwerk engagiert ist, werden Energie-Grundversorgungskonzepte als Menschenrecht verhandelt, denn: „Energy poverty is not a personal burden, it's a political failure“ (*Right to Energy Coalition 2023*).

Der Energie-Grundanspruch funktioniert über sogenannte progressive Tarifstufen, die vom Staat vorgegeben werden: Während die Kilowattstunden im Attac-Modell bis zur Hälfte des Normverbrauchs vergünstigt bereitgestellt werden, werden ab 80 Prozent, 100 Prozent, 110 Prozent und 120 Prozent Abgaben aufgeschlagen, sodass verschwenderischer Luxus-Energieverbrauch

insgesamt deutlich mehr kostet. Der Grundverbrauch an Strom und Gas bzw. Fernwärme wird dadurch im Vergleich zu den derzeitigen Marktpreisen günstiger. Das entlastet alle Haushalte, die einen durchschnittlichen Energieverbrauch haben, also im Normverbrauch liegen. Für alle Haushalte, die sehr viel Energie verbrauchen, beispielsweise weil sie eine Sauna mit Pool im Garten beheizen oder einen Whirlpool auf der Dachterrasse betreiben, wird die Energierechnung hingegen teurer als bisher.

Die unterschiedlichen Kosten in den unterschiedlichen Tarifstufen rechnet der Energieversorger über die Energierechnung direkt mit den Verbraucher*innen ab. Damit ist der Energie-Grundanspruch sofort umsetzbar und unkompliziert in der Abrechnung. Der Normverbrauch wird in unserem Modell auf Basis der Haushaltsgröße bestimmt. So kann sichergestellt werden, dass Haushalte mit vielen Personen nicht strukturell benachteiligt werden. Selbstverständlich braucht es auch Ausnahmeregelungen für Haushalte, die mehr Strom aufgrund von Beeinträchtigungen verbrauchen, sowie für Haushalte, die einen hohen Energieverbrauch haben und nichts dagegen unternehmen können.

Die Regierung hat im August 2022 ihre Strompreisbremse vorgestellt. In dem Modell soll der Stromverbrauch bis zu einem fixen Volumen preislich gestützt werden. Hier ist allerdings weder der soziale Ausgleich gegeben, noch gibt es einen besonders großen Anreiz zum Energiesparen für Reiche. Außerdem gilt das Modell nur für Strom und nicht für Heizkosten. Wenn Energieversorger nun den Strom teurer anbieten, wird dem Energieversorger die Differenz gezahlt. Das ist natürlich hochproblematisch, denn es kann durchaus sein, dass nun viele Energieversorger die Preise so weit erhöhen, dass sie die größtmögliche Differenz ausbezahlt bekommen.

In der Stromkostenbremse ist aber bereits die Idee verbilligter Energiekontingente angelegt. Das würde die Möglichkeit bieten, dieses Modell zu einer sozialen wie ökologischen Maßnahme weiterzuentwickeln. Es gibt damit keine Ausreden mehr, warum eine Energie-Grundsicherung nicht allgemein umgesetzt werden sollte.

***Hanna Braun** ist Studentin der Sozialwissenschaften im Masterstudiengang an der Universität Wien und seit 2021 Vorstandsmitglied von Attac.*

Iris Frey ist Campaignerin bei Attac und in der Klimabewegung aktiv.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz.

Felix Steinhardt studiert *Socio-Ecological Economy and Policy* im Masterstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist seit 2020 bei Attac aktiv.

Literatur

Attac (2022): Der Energie-Grundanspruch. Energie. Garantiert. Gerecht.

<https://www.attac.at/kampagnen/energie-garantiert-gerecht/der-energie-grundanspruch> [Zugriff: 31.10.2022].

Becker, Sören / Gailing, Ludger / Naumann, Matthias (2012): Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/5751/neue-energielandschaften-neue-akteurslandschaften> [Zugriff: 21.5.2023].

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (2021): Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten.

https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/nw_pdf/Energie_in_OE2021_UA.pdf [Zugriff: 31.10.2022].

Dehmel, Christian (2011): Progressive electricity tariffs in Italy and California – prospects and limitations on electricity savings of domestic customers. <https://www.infosperber.ch/wp-content/uploads/2022/09/STROM-Progr.-Tarife-Dehmel.pdf> [Zugriff: 05.08.2022].

Die Armutskonferenz (2021): Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0. Eine zweite Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2_2021.pdf [Zugriff: 21.5.2023].

Die Armutskonferenz (2022): Die im Dunkeln sieht man nicht. Eine Erhebung zur Sozialhilfe aus Sicht von Expert*innen der sozialen Praxis. https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_sozialhilfe_erhebung_kurz_2022.pdf [Zugriff: 21.5.2023].

Die Armutskonferenz (2022): Ergebnisse der 13. Armutskonferenz „Es brennt!“ <https://www.armutskonferenz.at/aktivitaeten/13-armutskonferenz-es-brennt/ergebnisse-der-13-armutskonferenz-es-brennt.html> [Zugriff: 20.01.2023].

Directorate-General for Energy (2021): Vulnerable Consumer Working Group. Working Paper on Energy Poverty. European Commission. https://energy.ec.europa.eu/document/download/5e21a17f-d812-4cc7-95e5-71efb881d14d_en?filename=working_paper_on_energy_poverty.pdf [Zugriff: 31.10.2022].

Energie-Control Austria (2011): 10 Jahre Energiemarkt-Liberalisierung. Ein Geburtstag, von dem alle profitieren.

- <https://www.e-control.at/documents/1785851/1811255/broschuere-10-jahre-energiemarktliberalisierung.pdf>
[Zugriff 31.10.2022].
- Fiskalrat (2022): Effekt der Inflation 2022 auf die Konsumausgaben. Wien: Fiskalrat
- Grüter, Thomas (2022, August 29): Warum das teure Gas auch den Strompreis mit nach oben reißt. In: Spektrum vom 29.8.
<https://www.spektrum.de/news/merit-order-prinzip-warum-der-strompreis-nach-oben-schnellt/2051949>
[Zugriff: 31.10.2022].
- Held, Benjamin (2019): Einkommensspezifische Energieverbräuche privater Haushalte. Statistisches Bundesamt, WISTA. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2019/02/einkommensspezifische-energieverbraeuche-022019.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 31.10.2022].
- Huber, Patricia (2022, January 6): An der Börse wird billig produzierter Strom teuer – Konsumenten zahlen drauf, Energie-Unternehmen machen Extra-Profit. In: Kontrast vom 6.1.2022 <https://kontrast.at/strompreise-oesterreich-entwicklung> [Zugriff: 31.10.2022].
- Joskow, Paul L. / Tirole, Jean (2000): Transmission Rights and Market Power on Electric Power Networks. In: The RAND Journal of Economics, 31, 3, S. 450-487. https://www.researchgate.net/publication/4838047_Transmission_Rights_and_Market_Power_on_Electric_Power_Networks_I_Financial_Rights
[Zugriff: 01.06.2023]
- Kern-Fehrenbach, David (2022): Übergewinne und Übergewinnsteuer. «Kurz & bündig»: Wie funktioniert die Übergewinnsteuer und warum brauchen wir sie? Belin: Rosa Luxemburg Stiftung.
<https://www.rosalux.de/publikation/id/46984/uebergewinne-und-uebergewinnsteuer> [Zugriff: 31.10.2022].
- Kontrast (2021): Klimapolitik muss die extrem Reichen treffen. In: Kontrast.at <https://kontrast.at/co2-ausstoss-verursacher> [Zugriff: 31.10.2022].
- Pham, Thao (2019): Market Power Issues in Liberalized Wholesale Electricity Markets: A Review of the Literature with a Look into the Future. In: Revue d'économie politique, 129, S. 325–354.
<https://www.cairn-int.info/journal-revue-d-economie-politique-2019-3-page-325.htm> [Zugriff: 31.10.2022].
- Prasanna, Ashreeta / Mahmoodi, Jasmin / Brosch, Tobias / Patel, Martin K. (2018): Recent experiences with tariffs for saving electricity in households. In: Energy Policy, 115, S. 514-522.
<https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.01.044> [Zugriff: 31.10.2022].
- Ratcliff, Christina / Martinello, Barbara / Litos, Vasileios (2022): Der freie Warenverkehr.
https://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_2.1.2.pdf [Zugriff: 31.10.2022].
- Right to Energy Coalition (2023): Energy poverty is not a personal burden, it's a political failure.
<https://righttoenergy.org/2022/01/20/energy-poverty-is-not-a-personal-burden-its-a-political-failure>
[Zugriff: 20.01.2023].
- Sauer, Ulrike (2022): Plus 450 Prozent: Strompreis-Schock beendet Italiens Aufschwung. In: Süddeutsche vom

- 11.2. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gas-strom-energie-italien-draghi-wirtschaft-1.5526394>
[Zugriff: 31.10.2022].
- Statistik Austria (2021): Erweiterte Betrachtung der Energiearmut in Österreich. Hohe Energiekosten bzw. Nicht-Leistbarkeit von Energie für Wohnen. Statistik Austria, Energie-Control Austria. https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/erweiterte_betrachtung_der_energiearmut_in_oesterreich_2018.pdf
[Zugriff: 11.11.2022].
- Statistik Austria (2022): Tabellenband EU SILC 2021. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2021.pdf [Zugriff: 20.01.2023].
- Sturn, Jakob (2022): 2,7 Mrd. Euro Übergewinne bei Verbund und OMV allein im ersten Halbjahr. In: Momentum Institut, 28.7. <https://www.momentum-institut.at/news/27-mrd-euro-uebergewinne-bei-verbund-und-omv-allein-im-ersten-halbjahr> [Zugriff: 31.10.2022].
- Tölgyes, Joel / Huber, Alexander (2022): Energiekosten: Teuerungspaket unter der Lupe. Momentum Institut, 18.2. <https://www.momentum-institut.at/news/energiekosten-teuerungspaket> [Zugriff: 31.10.2022].
- Wegmann, Vera (2019): Going Public: A Decarbonised, Affordable and Democratic Energy System for Europe. The failure of energy liberalisation. PSIRU, University of Greenwich, European Federation of Public Service Unions. https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Going%20Public_EPSU-PSIRU%20Report%202019%20-%20EN.pdf [Zugriff: 31.10.2022].

DER ARTIKEL ENTSTAMMT DEM BUCH



**Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig,
Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger,
Robert Rybaczek, Martin Schenk**

BoD-Verlag

Online: www.armutskonferenz.at/buch-es-brennt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	-----------

FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
--	-----------

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
---	-----------

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
--	-----------

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
--	-----------

GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
---	-----------

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
--	-----------

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
---	-----------

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar.....	89
--------------------	-----------

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrour

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang wodt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....189

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....197

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....207

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.


Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Arbeit

 Bundeskanzleramt



klimaaktiv

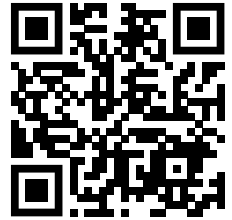


Lebens skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakt...



*Lies Evas ganze
Geschichte hier*



Werden Sie
ehrenamtliche:r
Erwachsenenvertreter:in

Mehr Informationen auf:
www.vertretungsnetz.at/jobs

Foto: Johannes Zimmer



SOZIALMARKT



BEI UNS LANDEN IHRE LEBENSMITTEL IN DEN RICHTIGEN HÄNDEN

Wieder mal zu viel eingekauft?

Obst, Gemüse sowie originalverpackte
Lebensmittel können jetzt bei den
Sozialmärkten des Samariterbundes
abgegeben werden.

Samariterbund Sozialmärkte.
Nachhaltig gut.

Mehr Informationen unter:
samariterwien.at/nachhaltiggut

SAMARITERBUND
WIEN